

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Kreistag

Niederschrift

über die 24. ordentliche öffentliche Sitzung des Kreistages am 05.11.2012 im
Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943
Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender

Herr Christoph Schulze

Kreistagsabgeordnete

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Karola Andrae
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Helmut Barthel
Herr Michael Baumecker
Frau Martina Borgwardt
Herr Thomas Czesky
Frau Gabriele Dehn
Herr Helmut Dornbusch
Herr Peter Dunkel
Herr Danny Eichelbaum
Herr Erich Ertl
Herr Dr. Manfred Georgi
Frau Katja Grassmann
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Bernd Habermann
Herr Detlev von der Heide
Herr Dirk Hohlfeld
Frau Heide Igel
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Herr Wilfried Käthe
Frau Gertrud Klatt
Herr Andreas Krüger
Herr Falk Kubitza
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Lutz Lehmann
Herr Fritz Lindner
Herr Lutz Möbus
Herr Matthias-Eberhard Nerlich
Herr Jörg Niendorf
Herr Andreas Noack

Frau Angelika Österreicher
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Frank Priefert
Frau Bärbel Redlhammer-Raback ab 17.20 Uhr (TOP 4)
Herr Dr. Rainer Reinecke
Frau Gertraud Rocher
Herr Roland Scharp
Herr Helmut Scheibe
Frau Gabriele Schröder
Herr Wilhelm Schröter
Frau Ria von Schrötter
Herr Dirk Steinhausen
Herr Dr. Günter Stirnal
Herr Felix Thier
Frau Kornelia Wehlan
Herr Michael Wolny

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske Erste Beigeordnete und Dezernentin II
Herr Holger Lademann Beigeordneter und Dezernent III
Herr Detlef Gärtner Beigeordneter und Dezernent IV
Herr Dieter Albrecht Dezernent I
Herr Horst Bührendt Dezernent V

Entschuldigt fehlen:

Landrat

Herr Peer Giesecke

Kreistagsabgeordnete

Frau Maritta Böttcher
Frau Carola Hartfelder
Herr Bernd Heimberger
Herr Klaus Hubrig
Frau Evelin Kierschk
Frau Heike Kühne
Frau Bärbel Laue
Frau Christin Menzel

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 10.09.2012
- 4 Einwohnerfragestunde

- 5** Anfragen
- 5.1** Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1318/12-KT
- 5.2** Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1319/12-KT
- 5.3** Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) 4-1331/12-KT
- 5.4** Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Hilfsfristen der Rettungsdienste im Übergang zur Kommunalisierung 4-1332/12-KT
- 5.5** Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Online-Bürgerbeteiligung in Teltow-Fläming 4-1335/12-KT
- 5.6** Anfrage des Abg. Dr. Rudolf Haase, Fraktion DIE LINKE., zum Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" 4-1338/12-KT
- 5.7** Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Zustand des Rangsdorfer Sees 4-1347/12-KT
- 5.8** Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Suizide und Suizidversuchen am Fontane - Gymnasium Rangsdorf 4-1363/12-KT
- 5.9** Anfrage des Abg. Michael Wolny, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Einrichtung einer Buslinie zwischen Teltow und Flughafen BER 4-1364/12-KT
- 6** Anträge
- 6.1** Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Prüfauftrag zur Zukunft der SWFG mbH 4-1344/12-KT/1
- 7** Rechtsextremismus im Landkreis
- 7.1** hierzu: Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV – Resolution des Kreistages Teltow-Fläming zum Rechtsextremismus im Landkreis 4-1350/12-KT
- 8** Benennung der Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises Teltow-Fläming 4-1348/12-I
- 9** Berichterstattung zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes 4-1349/12-III
- 10** Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an der finanziellen Absicherung der Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe "Rund um die Flaeming-Skate" e. V. zur Entwicklung des ländlichen Raumes in den Jahren 2014-2020 4-1333/12-III/1
- 11** Vereinsförderung
1. Luckenwalder Sportverein e. V. - Absicherung der 1. Bundesliga im Ringen 4-1149/12-V
- 12** Vereinsförderung
Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. - Personalkostenzuschuss 4-1155/12-V
- 13** Mitteilungen des Landrates

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einberufung zur Sitzung fest.

Es sind Journalisten vom ZDF anwesend.

Die Abgeordneten geben einstimmig ihre Zustimmung zur Aufnahme von Bild- und Tonaufzeichnungen während der Tagesordnungspunkte 1 bis 3 der Kreistagssitzung.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass zusätzlich zur Tagesordnung Anfragen des Abg. Dr. Ralf von der Bank und des Abg. Wolny vorliegen. Des Weiteren gibt es einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum TOP 7.1 – Resolution gegen Rechtsextremismus.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung aufgelöst wurde und Sachverhalte, die den Haushalt betreffen, in den Ausschüssen öffentlich zu beraten sind. Des Weiteren informiert er, dass ab sofort in allen Ausschüssen des Kreistages Einwohnerfragestunden analog der Festlegungen, wie sie für den Kreistag gelten, stattfinden. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Rede- und Gegenrede in der Fragestunde nicht erlaubt sind. Es gibt hier nur das Recht für Bürger und Bürgerinnen, Fragen zu stellen.

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass eine ursprünglich für den Kreistag vorgesehene Dringlichkeitsvorlage zur Erhöhung des Kassenkredites von der Verwaltung nicht vorgelegt wird.

Des Weiteren informiert er, dass der Antrag zur Abwahl des Landrates gemäß der Kommunalverfassung eingegangen ist. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2012 darüber offen und ohne Aussprache abzustimmen.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 10.09.2012

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages gibt das Verfahren für die Einwohnerfragestunde bekannt. Er weist darauf hin, dass alle Fragen aus den Einwohnerfragestunden der letzten Kreistagssitzungen beantwortet wurden.

Herr Lutz Haenicke, Zossen, macht auf die Perspektivlosigkeit von jungen Menschen und Menschen mit kleinem Einkommen aufmerksam. Er fragt den gesamten Kreistag, ob es angesichts dieser Tatsache der Kreistag nicht für besser hält, vom Land und Bund eine andere Jugend-, Bildungs-, Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu fordern. Er fragt weiterhin, ob

der Kreistag in den Bereichen, in denen er die Ziele, wie die in der Jugendpolitik, selbst bestimmen kann, nicht eine andere Politik betreiben möchte.

Der Vorsitzende des Kreistages fragt nach, ob sich diese Frage an alle Abgeordneten des Kreistages richtet.

Dies wird durch Herrn Haenicke bejaht.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass die Frage protokolliert und kurzfristig an alle Fraktionsvorsitzenden der Bitte um Beantwortung übergeben wird.

Frau Ehresmann, Kallinchen, weist auf den Beschluss des Kreistages hin, der die Untere Naturschutzbehörde mit der Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante LSG „Zossener Heide – Wierachteiche“ beauftragt hat. Sie informiert darüber, dass im September und Oktober 2012 zunehmend Markierungen an Bäume angebracht wurden. Darüber hinaus wurden Markierungen von zukünftigen Windkraftstandorten sowie ein massives Zunehmen von Fahrzeugverkehr im Wald festgestellt. Alles deutet auf vorbereitende Maßnahmen des Investors für die Windkraftanlagen hin. Sie appelliert an den Kreistag, den Naturschutz zu akzeptieren. Sie fragt, ob die Abgeordneten daran glauben, dass der Investor nichts tut und die Vorhabenträger die Planung des WEG 33 gestoppt haben.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, erachtet die Darstellungen von Frau Ehresmann als Appell an die Verwaltung, sich vor Ort ein Bild zu machen und bittet die Untere Naturschutzbehörde darum, sich Sachkenntnis zu verschaffen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht einen Bürger, der mit Nebenwohnsitz in Kallinchen gemeldet ist, darauf aufmerksam, dass Fragen nur von Einwohnern des Landkreises gestellt werden können, die ihren Hauptwohnsitz im Landkreis haben.

Der Bürger bittet darum, eine Antwort darauf zu geben, wie weit der Auftrag des Kreistages vom 18. Juni 2012 an die Untere Naturschutzbehörde durchgesetzt ist, das Schutzgebietsverfahren für das geplante Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" zu eröffnen.

Herr Lademann, Beigeordneter, informiert, dass gegenwärtig ein Schutzwürdigkeitsgutachten erstellt wird. Prüfungen der Verwaltung und der Forstbehörde haben bisher ergeben, dass die Holzarbeiten im Wald, die bisher durchgeführt wurden, zulässig sind. Er sichert zu, dass die Umweltbehörde alle Hinweise, die darüber hinaus vorliegen, prüfen wird.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnsitz das Recht haben, sich mit Hinweisen, Bitten und Beschwerden (§ 16 Kommunalverfassung - Petitionsrecht) an die zuständigen Stellen zu wenden.

Herr Gurczik, Kallinchen, fragt, ob Vertreter der Fraktionen des Kreistages bereit wären, sich bei einem Treffen vor Ort auf Einladung der Bürgerinitiative davon zu überzeugen, dass es sich bei diesem Wald um einen Mischwald handelt. Die Vorgabe des Landes ist, dass nur Stangenwälder für Windräder in Frage kommen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass einige Fraktionen diese Bitte schon im Vorfeld beantwortet haben.

Herr Ron Matz, Jüterbog, fragt, ob die Fragen aus der Einwohnerfragestunde, die schriftlich beantwortet wurden, auch veröffentlicht werden und wo.

Der Vorsitzende des Kreistages wird dies prüfen und Herrn Matz eine Antwort zukommen lassen.

TOP 5 **Anfragen**

TOP 5.1 **Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1318/12-KT**

Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.2 **Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage 4-1319/12-KT**

Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.3 **Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) (4-1331/12-KT)**

Herr Abg. Steinhausen fragt angesichts der Antwort, dass die Zuführungen nicht nur 1,3 Mio. € sondern knapp 1,4 Mio. € betragen, was mit den 99.241,02 €, die darüber hinaus zur Verfügung stehen, passiert.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, informiert, dass die Mittel noch nicht verwendet wurden.

TOP 5.4 **Anfrage des Abg. Dirk Steinhausen, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Hilfsfristen der Rettungsdienste im Übergang zur Kommunalisierung (4-1332/12-KT)**

Herr Abg. Steinhausen verweist auf die Antwort zur Frage 1, aus der hervorgeht, dass bei jedem 5. Notfall der Rettungsdienst länger benötigt, als es die Vorgabe vorsieht. Er fragt, wie und in welchem zeitlichen Horizont die 100-Prozent-Vorgabe erreicht werden soll. Des Weiteren fragt er zur Antwort auf die Frage 5 nach, wie hoch der zusätzliche personalkostenseitige Mittelbedarf für die veränderte Vorhaltung ist.

Herr Lademann führt zur 1. Nachfrage aus, dass zur Einhaltung der Hilfsfristen weitere Maßnahmen, wie die Verbesserung der Ausstattung der Fahrzeuge sowie der Neubau und die Erweiterung von Rettungswachen notwendig sind. Weitere Probleme, an denen gearbeitet werden muss, sind die fehlenden Bahnübergangsbeseitigungen sowie die Duplizitätsfälle. Eine Erreichung von 100 Prozent wird es mit Sicherheit nie geben können. Herr Lademann informiert, dass der Mehrbedarf für die Übergangszeit mit den Krankenkassen abgestimmt ist. Die Höhe der Kosten kann nicht benannt werden und wird nachgereicht.

Frau Abg. Andrae zeigt sich verwundert über den geplanten Neubau einer Rettungswache in Dahlewitz, da es keinen Kreistagsbeschluss dazu gibt. Sie fragt, ob es angesichts der Haushaltslage nicht bessere Alternativen gibt, wie z.B. die Anmietung eines Objektes. Weiterhin fragt sie, ob der Standort in Mahlow abgegeben werden muss.

Herr Lademann informiert, dass der benötigte Investitionsbedarf für den Rettungsdienst in den jährlichen Verhandlungen mit den Krankenkassen abgestimmt und verhandelt wird. Die entsprechenden Positionen werden im Investitionsplan und im Wirtschaftsplan des Rettungsdienstes eingestellt. Der Haushalt des Landkreises ist nicht davon berührt. Für den Neubau der Rettungswache in Dahlewitz gibt es noch keine Planungen und Unterlagen. Es handelt sich um Erfahrungswerte aus dem Neubau anderer Wachen. Derzeit geht es um die Grundstücksfindung. Nach heutigem Erkenntnisstand könnte der Neubau in die Finanzplanung 2015 aufgenommen werden. Die Rettungswache in Mahlow würde dann geschlossen werden.

TOP 5.5

Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Online-Bürgerbeteiligung in Teltow-Fläming (4-1335/12-KT)

Herr Abg. Thier fragt mit Bezug auf die Antwort zur Frage 2, was der Inhalt der Rückmeldung vom Landkreistag Brandenburg war.

Herr Albrecht, Dezernent I, informiert, dass der Landkreistag Brandenburg mit Schreiben vom 22. Oktober 2012 mitgeteilt hat, dass lediglich acht Landkreise auf die Umfrage geantwortet haben. Sechs Landkreise haben kein Interesse an der Software signalisiert und in zwei Landkreisen gibt es Vorüberlegungen für einen eventuellen Einsatz.

Auf Nachfrage des Abg. Thier macht Herr Albrecht deutlich, dass der Landkreis TF die Umfrage unter den Landkreisen beim Landkreistag Brandenburg initiiert hatte. Das Fazit der Beantwortung zur 3. und 4. Frage hat mit der Umfrage des Landkreistages nichts zu tun.

TOP 5.6

Anfrage des Abg. Dr. Rudolf Haase, Fraktion DIE LINKE., zum Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" (4-1338/12-KT)

Herr Abg. Dr. Haase macht deutlich, dass aus der Antwort ersichtlich wird, dass sich die Untere Naturschutzbehörde vor Ort nicht selbst sachkundig gemacht hat, sondern nur durch Rückfragen beim Investor und der Forst die Antwort erstellt hat. Er fragt, welche Personen aus dem Fachamt vor Ort waren und die Angaben überprüft haben. Herr Dr. Haase übergibt Herrn Lademann eine Fotodokumentation mit etwa 100 Fotos, woraus Handlungsbedarf erkennbar ist, sich dringend vor Ort umzusehen und in der Dezember-Kreistagssitzung eine Unterschutzstellung zu beantragen.

Frau Gurske weist darauf hin, dass in der Einwohnerfragestunde zugesichert wurde, einen Vor-Ort-Termin durchzuführen.

TOP 5.7

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Zustand des Rangsdorfer Sees (4-1347/12-KT)

Die Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen.

Nachfragen dazu können in der nächsten Sitzung des Kreistages gestellt werden.

TOP 5.8

Anfrage des Abg. Dr. Ralf von der Bank, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Suiziden und Suizidversuchen am Fontane - Gymnasium Rangsdorf (4-1363/12-KT)

Die Anfrage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

TOP 5.9

Anfrage des Abg. Michael Wolny, CDU-Kreistagsfraktion TF, zur Einrichtung einer Buslinie zwischen Teltow und Flughafen BER (4-1364/12-KT)

Die Anfrage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

TOP 6

Anträge

TOP 6.1

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Prüfauftrag zur Zukunft der SWFG mbH (4-1344/12-KT/1)

Frau Abg. Wehlan macht darauf aufmerksam, dass der ursprünglich im HFA beratene Antrag der CDU Änderungen erfahren hat und heute in einer anderen Version zur Abstimmung vorliegt. Sie bittet im Namen der Fraktion darum, dass durch die Ausschuss-Vorsitzenden immer dann eine Information erfolgen sollte, wenn Vorlagen oder Anträge mit Änderungsvorschlägen des Ausschusses abgestimmt werden. Ohne diese Information fällt es den Abgeordneten, die keine Mitglieder des Fachausschusses sind schwer, das Zustandekommen der Änderungen nachzuvollziehen.

Herr Abg. Hohlfeld, Vorsitzender des HFA, macht deutlich, dass es Arbeit der Verwaltung sein muss, den Abgeordneten den Werdegang von Änderungen zur Kenntnis zu geben.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass der ursprüngliche Antrag der CDU-Fraktion zwei Beschlussvorschläge beinhaltete und gibt diese zur Kenntnis. Zum Antrag der CDU gab es im HFA Änderungsanträge, die mit 8 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung befürwortet wurden. So wurde im 1. Beschlussvorschlag ergänzt, neben den wirtschaftlichen auch die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen. Weiterhin wurde vorgeschlagen, das Prüfungsergebnis für eine mögliche Übernahme des Immobilienbestandes der SWFG in den Landkreis dem Kreistag im 1. Quartal 2013 vorzulegen. Im 2. Beschlussvorschlag wurde vorgeschlagen, ebenso die Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen hinzuzufügen und den Termin 31.12.2012 zur Auflösung der SWFG sowie die Übernahme der noch vorhandenen Aktiva und Passiva der SWFG in den Kreis zu streichen. Zusätzlich wurde der 3. Beschlussvorschlag zugefügt, den Kreis zu beauftragen, die rechtlichen Voraussetzungen und finanziellen Auswirkungen für den Fall, die SWFG in eine Besitzgesellschaft umzuwandeln, zu prüfen.

Frau Abg. von Schrötter macht deutlich, dass die Frage offen ist, ob die Prüfung mit Kosten verbunden ist oder die Prüfung durch die Kreisverwaltung erfolgt.

Der Vorsitzende des Kreistages hält fest, dass der Kreistag davon ausgeht, dass die Prüfungen durch Mitarbeiter der Kreisverwaltung und nicht durch extern beauftragte Unternehmen erfolgen.

Frau Gurske versichert, dass die Ausschüsse involviert werden, wenn eine Prüfung durch eigene Mitarbeiter nicht ausreichend sein sollte.

Der Vorsitzende des Kreistages macht deutlich, dass zwar keine zusätzlichen externen Kosten entstehen, jedoch die damit beauftragten Mitarbeiter der Kreisverwaltung auch Kosten verursachen.

Der Kreistag beschließt:

Auf Grund des Beschlusses 4-1320/12-LR zur überplanmäßigen zusätzlichen Ausgabe von 1,3 Mio. Euro für das restliche Kalenderjahr 2012 ergeht folgender Beschluss:

1. Der Kreis prüft die rechtlichen Voraussetzungen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die mögliche Übernahme des Immobilienbestandes der SWFG in den Kreis und legt im 1. Quartal 2013 eine entsprechende Beschlussvorlage vor.
2. Der Kreis prüft die rechtlichen Voraussetzungen und finanziellen Auswirkungen für den Fall, die Gesellschaft SWFG aufzulösen und die noch vorhandenen Aktiva und Passiva in den Kreis zu übernehmen.
3. Der Kreis prüft die rechtlichen Voraussetzungen und finanziellen Auswirkungen für den Fall, die SWFG in eine Besitzgesellschaft umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

TOP 7

Rechtsextremismus im Landkreis

TOP 7.1

hierzu: Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV - Resolution des Kreistages Teltow-Fläming zum Rechtsextremismus im Landkreis (4-1350/12-KT)

Der Vorsitzende des Kreistages verweist auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 2.11.2012, der auf den Tischen der Abgeordneten liegt.

Frau Abg. Wehlan führt aus, dass sich die Fraktionen SPD/Grüne, LINKE. sowie FDP/BV nach den rechtsextremistischen Angriffen auf die Privatwohnungen von zwei Zossener Bürger und den Angriff auf einen Abgeordneten der Linksfraktion in Jüterbog sowie aufgrund der Vorkommnisse in Luckenwalde und Baruth an das „Netzwerk für Demokratie“ im Landkreis Teltow-Fläming gewandt haben. Sie verweist darauf, dass die Fraktionen und Parteien ihre Verantwortung für ein deutliches Zeichen aller demokratischen Kräfte im Kreistag gegen den Rechtsextremismus wahrnehmen wollen. Ausdrücklich sollen auch die CDU-Fraktion und die Vereinte Fraktion einbezogen werden. Sie dankt dem „Netzwerk für Demokratie“ für den Text-Vorschlag, den die Fraktionen übernommen und in den Kreistag eingebracht haben. Das Netzwerk hat sich dafür ausgesprochen, keinen allgemeinen Extremismus-Begriff zu verwenden, sondern sich konkret auf die aktuellen rechtsextremen Vorfälle im Landkreis zu beziehen. Zum vorgeschlagenen 1. Änderungsvorschlag begründet Frau Abg. Wehlan, dass er aufgrund des aktuellen Haushaltsplanes des Landes Brandenburg, Einzelplan 03, verzichtbar ist.

Herr Abg. Eichelbaum merkt an, dass sich die CDU-Fraktion gewünscht hätte, einen Antrag von solcher Bedeutung gemeinschaftlich einzubringen, da bei diesem Thema alle Demokratien zusammenstehen müssen. Er verweist darauf, dass nicht das Netzwerk, sondern der Kreistag diesen Antrag beschließt und es somit möglich sein muss, Änderungsanträge dafür zu unterbreiten. Er betont, dass die Bekämpfung des politischen Extremismus von rechts

und von links in jeder Form höchste Priorität hat. Im Hinblick auf den Anschlag gegen den Sprecher der BI „Zossen zeigt Gesicht“ in Dabendorf gibt es laut der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden in Brandenburg und des Verfassungsschutzes keinen Beweis dafür, dass es sich um einen rechtsextremistischen Anschlag gehandelt hat. Zum Verfassungsschutz merkt er an, dass die Personalbedarfsplanung bis zum Jahr 2018 Bestandteil des zu beschließenden Haushaltes des Landes Brandenburg ist. Dort ist eine Reduzierung des Verfassungsschutzes vorgesehen. Deshalb wirbt er dafür, diesen geplanten Stellenabbau beim Landesverfassungsschutz zurückzunehmen. Herr Abg. Eichelbaum zitiert aus dem Bericht des Verfassungsschutzes 2011 zum Thema Linksextremismus. Zum Landkreis Teltow-Fläming wird hierin konkret ausgeführt, dass in Luckenwalde Mitglieder der linksextremistisch eingestuften Deutschen Kommunistischen Partei aktiv sind sowie in Niedergörsdorf und in Dahme linksextremistische Musikbands aufgetreten sind. Er macht darauf aufmerksam, dass es gilt, auch diese Form von Extremismus zu bekämpfen und zu ächten. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Abg. Lindner listet eine Anzahl von Taten im Landkreis und im Land Brandenburg auf, die einen rechtsextremistischen Hintergrund haben und eindeutig zuzuordnen sind. Er weist darauf hin, ein eindeutig vorhandenes rechtsextremes Problem nicht mit einem linksextremen Problem, welches nicht im Landkreis vorhanden ist, zu verbinden.

Herr Abg. Wolny macht in seinen Ausführungen deutlich, dass es um eine Situation geht, die alle herausfordert und in der jegliches Gedankengut für die Stabilisierung der demokratischen Grundordnung eingebracht werden muss. Er stellt einen Vorfall vom Juli 2012 am Döner-Imbiss in Blankenfelde dar, der die Notwendigkeit deutlich macht, Ordnungsämter so zu schulen, dass sie befähigt sind, entsprechend reagieren zu können. Herr Abg. Wolny übergibt dem Vorsitzenden des Kreistages seinen Schriftwechsel mit der Gemeinde zu diesem Vorfall und ein Foto.

Herr Abg. Scharp dankt Herrn Wolny für seine Fürsprache zum vorliegenden Antrag der Kooperationsfraktionen und möchte wissen, warum er den Änderungsantrag in dieser Art in der CDU-Fraktion zulässt.

Herr Abg. Wolny weist auf den Verfassungsbericht hin, der entscheidend mit dafür war. Die Stärkung dieser Behörde scheint eine wesentliche Aufgabe zu sein, um diese Problem angehen zu können.

Frau Abg. Redlhammer-Raback macht Herrn Wolny darauf aufmerksam, dass es bei dem von ihm geschilderten Vorfall ebenso nicht bewiesen ist, dass es einen rechtsextremistischen Hintergrund gibt. Sie erklärt, dass die NPD-Mitglieder und sie selbst nicht extremistisch sind und führt an, dass zur Mitte auch immer eine rechte und eine linke Seite gehören.

Herr Abg. Dr. Kalinka vertritt die Auffassung, dass der erste Teil des Änderungsantrages der CDU nicht in den Kreistagsbeschluss aufgenommen werden muss. Abzuwarten wäre hierzu die bundesweite Entwicklung. Auf der Kreisebene sieht er aufgrund der konkreten Vorfälle ein rechtsextremes Problem.

Der Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion mit folgendem Wortlaut:

In der Beschlussvorlage wird geändert:

1. Seite 2, 2. Absatz: Neu eingefügt wird: „Die Landesregierung wird aufgefordert, den geplanten Stellenabbau beim Verfassungsschutz Brandenburg zu stoppen. Der Kreistag Teltow-Fläming spricht sich gegen Bestrebungen aus, den Verfassungsschutz aufzulösen.“
2. Seite 2, 3. Absatz: Die Wortgruppe „den Rechtsextremismus“ wird ersetzt durch: „jegliche Form von Extremismus“.

wird bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Kreistag beschließt:

Resolution des Kreistages Teltow-Fläming gegen den Rechtsextremismus im Landkreis

Der Kreistag Teltow-Fläming nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in unserem Landkreis nach dem Verbot der Freien Kräfte Teltow-Fläming rechtsextreme Kräfte erneut aktiv werden und ihre Aktionen gegen Menschen richten. Die aktuellen Ereignisse und die Vorgänge um die Terrororganisationen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) machen deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Tendenzen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft kontinuierlich geführt werden muss.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind Erscheinungen, auf die wir täglich treffen. Keine Institution, keine Generation ist davon frei. Die Fraktionen des Kreistages Teltow-Fläming sind in Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen und der festen Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist und unser politisches Selbstverständnis gebietet, diesen Erscheinungen und ihren Vertretern entgegenzutreten und uns mit ihnen auseinanderzusetzen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe als Kommunalpolitiker, den Wert der Gleichheit aller Menschen gegen Angriffe auf das Leben und die persönliche Freiheit zu verteidigen und ein Klima von Ausgrenzung, Hass und Gewalt nicht zu dulden.

Rechtsextremistisches Denken lässt sich nicht verbieten, sondern nur langfristig durch einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess, durch politisches Handeln und soziale Gerechtigkeit verändern. Hierzu werden wir Kreistagsabgeordnete beitragen.

Verbote rechtsextremistischer Parteien oder Organisationen allein lösen das Problem nicht. Aber sie sind ein Signal für die Verteidigung der Demokratie. Gleichzeitig ist die ständige politische Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie notwendig. In diesem Sinne schließt sich der Kreistag Teltow-Fläming der Forderung des Präsidiums des Deutschen Städtetags vom 08.02.2012 in Freiburg und der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15.12.2011 an, ein NPD-Verbot, sowie ein Verbot von deren Tarnorganisationen anzustreben und ruft alle Menschen unseres Landkreises auf, gemeinsam mit uns dem Rechtsextremismus die gelebten demokratischen Werte einer toleranten und solidarischen Gesellschaft entgegenzustellen.

Für eine wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus fördern wir die Vernetzung der vorhandenen Akteure, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene. Die Fraktionen des Kreistages unterstützen deshalb das kreisweite Netzwerk für Demokratie und die Weiterführung des Lokalen Aktionsplanes Teltow-Fläming gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, die entsprechenden Bundesprogramme nicht nur voll zu erhalten, sondern nachhaltig weiterzuentwickeln.

Der Kreistag Teltow-Fläming wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten materiell gegen den Rechtsextremismus stellen.

Der Kreistag Teltow-Fläming ruft die Kommunen unseres Kreises auf ihren Beitrag in diesem langfristigen Prozess beispielsweise durch folgende Maßnahmen zu leisten:

- Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger durch Podiumsdiskussionen, Flugblätter und Informationsfülle,
- schnelle Reaktionen mit inhaltlichen Argumenten, wenn an Schulen oder Kindergärten rechtsextremistisches Material verteilt wird,
- Vernetzung mit Ordnungsämtern anderer Kommunen und gegenseitige Information dazu, wie gegen rechtsextreme Demonstrationen vorgegangen werden kann (Verbote, Auflagenbescheide).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

Der Vorsitzende des Kreistages regt an, dass sich die Fraktionen im Nachgang zu diesem Beschluss zusammensetzen und versuchen, das Gemeinsame zu finden.

TOP 8

Benennung der Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises Teltow-Fläming (4-1348/12-I)

Es wird von den Abgeordneten keine persönliche Vorstellung von Frau Muskalla gewünscht.

Der Kreistag beschließt:

Frau Jacqueline Muskalla wird gem. § 13 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Teltow-Fläming zur Behinderten- und Seniorenbeauftragten benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Der Vorsitzende des Kreistages gratuliert Frau Muskalla im Namen des Kreistages und wünscht ihr alles Gute für ihre Tätigkeit.

TOP 9

Berichterstattung zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes (4-1349/12-III)

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10

Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an der finanziellen Absicherung der Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe "Rund um die Flaeming-Skate" e. V. zur Entwicklung des ländlichen Raumes in den Jahren 2014-2020 (4-1333/12-III/1)

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis beteiligt sich an der finanziellen Absicherung einer erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. zur Entwicklung des ländlichen Raumes in der Förderperiode von 2014 bis 2020 mit einem Betrag in Höhe von 20 T€ pro Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

TOP 11

Vereinsförderung

1. Luckenwalder Sportverein e. V. - Absicherung der 1. Bundesliga im Ringen (4-1149/12-V)

Vor Eintritt in die Diskussion weist der Vorsitzende des Kreistages – aufgrund von Nachfragen – darauf hin, dass die Annahme von VIP-Karten durch Abgeordnete kein Korruptionstatbestand ist. Trotzdem sollte jeder darüber nachdenken, inwiefern die eigene Handlungsfreiheit durch eine Annahme dieser „Vorteile“ eingeengt wird.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HFA und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfohlen haben, den Zuwendungsvertrag auf zwei Jahre zu begrenzen.

Frau Abg. von Schrötter, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport informiert, dass der Ausschuss empfohlen hat, die Vorlage zu ändern. Im § 2 Abs. 2, 1. Anstrich sollen die Worte „Kosten für Öffentlichkeitsarbeit“ und im 5. Anstrich „Kosten für Auszeichnungen“ gestrichen werden.

Frau Abg. Wehlan bittet die Verwaltung um Erläuterung, aus welchen Gründen ein Zuwendungsvertrag favorisiert wird. Des Weiteren erschließt sich ihr nicht, warum die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit gestrichen werden sollen.

Frau Gurske erläutert, dass die Form des Zuwendungsvertrages gewählt wurde, um insbesondere in Zeiten der vorläufigen Haushaltswirtschaft zu sichern, dass Verträge erfüllt werden können. Bei der Sportförderrichtlinie werden hingegen insbesondere Einzelaktivitäten gefördert, bei denen es auch verantwortbar ist, dass sie verschoben werden können oder nicht gefördert werden, wenn der Haushalt noch nicht genehmigt ist. Für die Ringer ist bewusst diese Form gewählt worden und es sollen mit diesen Zuwendungen insbesondere die sportbetonten Aktivitäten bezuschusst werden.

Herr Abg. Lehmann betont, dass in der Sportförderung die Absicherung der Wettkämpfe im Vordergrund steht und empfiehlt, den Änderungsvorschlägen des Bildungsausschusses zu folgen.

Die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
„Streichung der Worte „Kosten für Öffentlichkeitsarbeit (wie Plakate, Flyer)“ im § 2 Abs. 2“
wird bei 27 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen bestätigt.

Die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
„Streichung der Worte „Kosten für Auszeichnungen (wie Pokale, Urkunden, Medaillen)
im § 2 Abs. 2“
wird mehrheitlich bestätigt.

Die Änderungsempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
„Neufassung des § 8 Abs. 1 mit folgendem Wortlaut: „Der Zuwendungsvertrag tritt zum
01.01.2013 in Kraft und gilt für zwei Jahre. Der Bewilligungszeitraum umfasst jeweils den
Zeitraum 01.01. bis 31.12.“
wird bei einigen Nein-Stimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich bestätigt.

Es erfolgt Abstimmung über die geänderte Vorlage.

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Teltow-Fläming schließt mit dem 1. Luckenwalder Sportverein e. V. einen Zuwendungsvertrag.
Der Abschluss des Zuwendungsvertrages über zwei Jahre verpflichtet den Landkreis, Ermächtigungen für die Folgejahre über jeweils 20 000 Euro in den Haushaltsplänen festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	mehrheitlich
Nein-Stimmen:	wenige
Enthaltung:	wenige

TOP 12

Vereinsförderung

Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. - Personalkostenzuschuss (4-1155/12-V)

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass es unterschiedliche Voten der Fachausschüsse gibt. Der HFA empfiehlt eine Änderung der Vorlage im § 10 Laufzeit und Kündigung. Jährlich soll neu über eine Verlängerung des Vertrages entschieden werden. Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) empfiehlt, die Vorlage so zu belassen.

Herr Abg. Lehmann macht deutlich, dass der Ausschuss BKS gegen den Vorschlag des HFA plädiert und empfiehlt, die Formulierung, so wie sie im Vertrag enthalten ist, zu belassen. Damit soll dem Kreissportbund Planungssicherheit gegeben werden.

Frau Abg. Wehlan unterstützt die Argumentation des Abg. Lehmann. Es geht hier um die dringend notwendige Mitfinanzierung der 1,5 Stellen, die koordinierend für die ehrenamtlich Tätigen im Bereich des Sportes im Landkreis wirken.

Die Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, die Vorlage ohne Änderung zu beschließen, wird bei einigen wenigen Nein-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit bestätigt.

Der Kreistag beschließt:

Der Landkreis Teltow-Fläming schließt mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. einen Zuwendungsvertrag.

Der Abschluss des Zuwendungsvertrages verpflichtet den Landkreis, Ermächtigungen für die Folgejahre in den Haushaltsplänen festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	mehrheitlich
Nein-Stimmen:	wenige
Enthaltung:	wenige

TOP 13

Mitteilungen des Landrates

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, macht darauf aufmerksam, dass es seit etwa Mitte des Jahres einen starken Zuwachs an Asylbewerbern gibt. Sie bittet die Abgeordneten an dieser Stelle darum, in den Gemeinden dafür zu werden, dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften Asylbewerbern Wohnungen zur Verfügung stellen. In Vorbereitung ist gegenwärtig, die kreislichen Aufnahmekapazitäten zu erhöhen.

Der Vorsitzende des Kreistages weist zur Stimmberechtigung der Ersten Beigeordneten (Anfrage von Herrn Abg. Thier) darauf hin, dass dies in § 56 Abs. 1 BbgKVerf geregelt ist. Danach nimmt der allgemeine Stellvertreter des Landrates im Falle der Verhinderung oder Vakanz des Landrates alle Aufgaben wahr, die dem Landrat gesetzlich zugewiesen sind, mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag.

Luckenwalde, 22. November 2012

Christoph Schulze
Vorsitzender des Kreistages